

Resolution

Politik muss Ausbildung und Fachkräftesicherung in der zahnärztlichen Versorgung stärken

Die Vertreterversammlung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt fordert alle politisch Verantwortlichen auf, ihrer Verantwortung für die Gewinnung und Sicherung von Fachkräften im zahnmedizinischen Bereich nachzukommen und die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit die Sicherstellung der zahnärztlichen Versorgung in Sachsen-Anhalt gewährleistet bleibt. Den wachsenden Mangel an Zahnärztinnen und Zahnärzten sowie qualifiziertem zahnmedizinischen Fachpersonal kann die Zahnärzteschaft nicht allein abwenden. Es ist eine prioritäre Aufgabe der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik in Bund und Ländern.

Die Vertreterversammlung der KZV Sachsen-Anhalt fordert die Politik daher auf, zur Sicherung einer ausreichenden Zahl an Fachkräften in der zahnmedizinischen Versorgung eine Ausbildungsinitiative unverzüglich zu starten. Dafür werden insbesondere folgende Maßnahmen als erforderlich erachtet:

- **Förderung der Vorbereitungszeit** für die vertragszahnärztliche Tätigkeit als Voraussetzung für eine Tätigkeit im Rahmen der vertragszahnärztlichen Versorgung sowie der fachzahnärztlichen Weiterbildung;
- **Förderung der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen** für Zahnmedizinische Fachangestellte;
- **finanzielle Entlastung der Studierenden** in Form von Ausbildungsbeihilfen o.ä., da das Studium der Zahnmedizin aufgrund der zu beschaffenden Instrumente und Materialien sehr kostspielig ist;
- Schaffung der strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen für den **Aufwuchs der Studienplätze im Fach Zahnmedizin an den Hochschulen und Universitäten in den neuen Bundesländern** um 25 Prozent;
- **Erhöhung des Umfangs der Vorabquoten** für die Zulassung zum Studium im Hinblick auf die **Einführung einer Landes Zahnarztquote** analog zu den bereits etablierten Landarzt- und Amtsarztquoten und ggf. Justierung der Quoten;

Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt wird darüber hinaus konkret aufgefordert:

- zur **Einführung einer Landes Zahnarztquote** im Zahnmedizininstudium an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg;
- zur finanziellen **Beteiligung an den Stipendienprogrammen der KZV Sachsen-Anhalt**, u.a. für ein Zahnmedizin-Studium an der Universität Pécs – nach dem Vorbild des

Modellprojekts „Studieren in Europa – Zukunft in Sachsen“ der KV Sachsen, der Krankenkassen und des Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt;

- zur Entwicklung von **landeseigenen Förderprogrammen** zur Unterstützung der zahnärztlichen Aus- und Weiterbildung sowie der Niederlassung im Austausch mit KZV und ZÄK Sachsen-Anhalt;
- zur Auflage oder mindestens Bezuschussung von **Nachwuchs- bzw. Image-Kampagnen** für den zahnmedizinischen Bereich durch das Land Sachsen-Anhalt.

Die wohnortnahe, qualitativ hochwertige Versorgung der Bevölkerung ist in Sachsen-Anhalt aufgrund des ungebremsten Rückgangs an tätigen Zahnärztinnen und Zahnärzten und des Fachkräftemangels im zahnärztlichen Bereich akut gefährdet und vielerorts bereits massiv beeinträchtigt.

Neupatienten können – oftmals aus geschlossenen Praxen hervorgegangen – aufgrund fehlender Kapazitäten und akuter Überlastung der Zahnärztinnen und Zahnärzte nicht mehr aufgenommen oder zeitnah behandelt werden. Stetig wachsende bürokratische Lasten, eine verbesserungswürdige TI, überbordende Dokumentationspflichten, anlassfreie Begehungen und der Fachkräftemangel verschärfen die Unzufriedenheit in den Zahnarztpraxen und belasten die zur Verfügung stehenden Mittel für die Patientenversorgung, welche ohnehin als angespannt zu betrachten ist.

Die Politik muss umgehend ein Maßnahmenpaket entwickeln. Ein erster wichtiger Schritt ist die Einführung einer Landes Zahnarztquote.

Die Bundes- und die Landesregierung werden nachdrücklich aufgefordert, im Sinne der Daseinsvorsorge ihrer Verantwortung für die Fachkräftesicherung und -gewinnung gerecht zu werden.